



Der Streit im Orient.

* Das Interesse an den Ereignissen im Orient ist vor allem auf die militärische Lage in der neutralen Zone von Libanon gerichtet. Dieses Gebiet ist zu drei Vierteln von den kemalistischen Truppen besetzt. Das englische Kabinett, das sich auch gestern wieder mit dieser Frage beschäftigte, verlangt die Aufhebung dieses unerträglichen Zustandes und hat an den Oberkommandierenden Harrington Instruktionen erteilt, nach denen dieser die sofortige Räumung der neutralen Zone durch die Kemalisten verlangen soll. Sollte dieser Forderung nicht alsbald Folge geleistet werden, so müsse sich England mit der Regierung von Anzora als im Kriegszustand befindlich betrachten. Dem Obersten Harrington ist es freigestellt, den Text dieses Ultimatums abzufassen. Oberst Harrington sucht noch immer, mit Mustafa Kemal in einer Konferenz auf friedlichem Wege die Lösung der Krise herbeizuführen, jedoch steht Mustafa Kemal auf dem Standpunkt, daß er in eine Besprechung mit dem englischen Vertreter erst dann einwilligen könne, wenn die Engländer sich aus dem Libanongebiete zurückgezogen hätten; außerdem verlangt er die Teilnahme eines französischen und eines italienischen Vertreters.

Über die Antwort, welche die Regierung von Anzora auf die gemeinsame Note der Alliierten erteilen wird, liegt noch keine bestimmte Nachricht vor. Der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel meldet, man sehe in nationalistischen Kreisen der türkischen Hauptstadt voraus, daß die in der Großen Nationalversammlung festzustellende Antwort auf die gemeinsame Note der Alliierten folgende Punkte enthalten wird:

1. Anzora wird die Ermächtigung fordern, in Thraxien die strategischen Punkte zu besetzen, die notwendig erscheinen, um die Abmachungen zu sichern, die mit den Alliierten bezüglich Thraxiens getroffen werden sollen.
2. Die englischen Truppen sollen alle ihre militärischen Vorbereitungen einstellen.
3. Die militärische Besetzung Thraxiens soll noch vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz erfolgen.
4. Die Türkei wird sich das Recht vorbehalten, die Friedensvorschläge der Alliierten in einzelnen Punkten abzuändern.
5. Die Türkei wird sich der Entmilitarisierung des Bosphorus und der Küste des Marmarameeres widersetzen, aber eine Entmilitarisierung an den Dardanellen zulassen.
6. Alle Uferstaaten des Schwarzen Meeres, vor allem Rußland werden zu der Konferenz mit gleichem Recht zugelassen werden.

Etwas optimistisch lautet eine Meldung der „Chicago Tribune“ aus Smyrna, wonach Mustafa Kemal entschlossen wäre, die Vorarbeiten Anfang nächster Woche zur Einleitung der Waffenstillstandsbedingungen unbedingt zu beschließen. Franklin Bouillon ist gestern in Smyrna eingetroffen, und man nimmt an, daß er Mustafa Kemal nach Anzora begleiten werde. In London steht die öffentliche Meinung hinter dem Kabinett, und auch aus den Dominions treffen Nachrichten ein, daß diese bereit sind, an militärischen Aktionen teilzunehmen. Nur die englische Arbeiterpartei lehnt nach wie vor jede militärische Verwicklung ab und verlangt, daß der gesamte orientalische Konflikt an den Völkerbund verwiesen wird.

In Athen scheinen die Ereignisse einen ruhigen Verlauf zu nehmen. Der Präsident des griechischen revolutionären Komitees, Oberst Gonatas, veröffentlicht über den Ausbruch der Revolution folgende Erklärung:

Wir begannen die Revolution, um Thraxien nicht zu verlieren; alle unsere Anstrengungen waren darauf gerichtet, diesem Verluste vorzubeugen. Wir wollen die völlige Reorganisation unserer militärischen Streitkräfte und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, sowie die Einstellung der inneren Schwierigkeiten. Da wir den König Konstantin als Hindernis für unsere Beziehungen zu unseren natürlichen Alliierten betrachteten, forderten wir seine Abdankung. Wir wollen dem Lande eine Regierung geben, die nicht aus den politischen Parteien entnommen ist.

Über die Bildung des neuen griechischen Kabinetts ist noch kein bestimmter Entschluß gefaßt worden. Nach neueren Meldungen soll nicht Karapanos, sondern der frühere Unterrichtsminister Zaimis zum Ministerpräsidenten ernannt werden. Das Außenministerium würde Politis übernehmen, der nach dem Sturz des Kabinetts Werwifelos Vertreter Griechenlands im Völkerbunde wurde. Die Abdankung des Sultans kann noch nicht als vollzogene Tatsache gelten; es heißt jetzt, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht länger auf dem Thron bleiben könne.

Das Budget des Völkerbundes.

Genf, 29. September. Die Völkerbundsversammlung genehmigte heute nachmittag den Haushalt des Völkerbundes, d. h. die Kredite für die Versammlung, das Generalsekretariat, das Arbeitsamt und den internationalen Gerichtshof sowie für die technischen und beratenden Organisationen, die 24 933 508 Goldfranken ausmachen, wozu noch ein Nachtrag von 690 000 Goldfranken für 1923 tritt. Die maßgebende Budgeteinheit, die die Grundlage für die Berechnung der einzelnen Beiträge bildet, beträgt 27 850 Goldfranken. Nach den Angaben des Berichterstatters Hoshijii-Saban entfallen u. a. auf England 2 815 000, auf Frankreich 2 172 000, auf Japan 2 038 000, auf China bezw. Indien 1 810 000, auf Italien 1 698 000, auf Spanien 1 114 000 Goldfranken. Die Versammlung wird morgen vormittag zur Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder des Völkerbundsrates schreiten und nachmittags die österreichische Frage behandeln, die heute noch den Rat beschäftigt, da noch in Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten bestehen sollen. Mit den gegenwärtigen Sitzungen wird dann die dritte Tagung der Völkerbundsversammlung ihren Abschluß finden.

Ankäufer der Teuerung.

E. Wien, 28. September. Auf den österreichischen Märkten ist eine gewisse Erleichterung unverkennbar. Die Preise für alle Lebensmittel sind stark heruntergegangen, bei einzelnen Fleischsorten und bei Ruder bereits bis zu 50 Prozent. Trotzdem ist der Index, allerdings auf einer ganz unmöglichen Grundlage, neuerlich mit 11,30, herabgesetzt

worden. Obwohl das Mißverhältnis offen zutage liegt, verlangen nun unter dem Druck der Sozialdemokraten die meisten Gewerkschaften und Angestelltenvereine die volle Bezahlung der Indexbeiträge, obwohl die Privatwirtschaft die Mittel hierfür einfach nicht mehr aufbringen kann. Lediglich die Metall- und Textilarbeiter sind so einsichtsvoll und lassen bezüglich eines namhaften Nachlasses mit sich sprechen. Diese Erscheinungen sind besonders jetzt sehr bedauerlich, da dadurch die Normalisierung des Wirtschaftslebens erschwert und der Rückgang der unerhörten Teuerung effektiv aufgehoben wird. Man sieht, daß die Sozialdemokraten und ihre Organisationen eigentlich diejenigen sind, die von den Teuerungswellen hochgetragen werden und davon profitieren.

Verchiedene Mitteilungen.

— Gegen die sozialistische Regierung in Thüringen erhebt sich immer deutlicher Widerpruch. Nach einer Meldung aus Jena haben jetzt im Hinblick auf den Ausfall der Thüringer Stadt- und Kreisratswahlen, die eine Stärkung des bürgerlichen Elements brachten, die Abgeordneten der nichtsozialistischen Parteien des thüringer Landtages beschlossen, die alsbaldige Einberufung des Landtages nach § 13 der Verfassung zu verlangen.

— Die Geldnot. Laut einer Meldung aus Hamburg wurde dort wegen des für die Ultimozahlungen notwendigen Kleingeldes für das Wechseln eines 10 000-Mark-Scheines ein Aufgeld von 100 Mark gezahlt.

* Die widerrechtliche Zurückhaltung der Goethebibliothek aus dem Goethehaus in Frankfurt a. M. durch Frankreich bildet wieder einmal den Gegenstand von Erörterungen. Es handelt sich, wie bekannt, darum, daß die kostbare Faustausgabe aus dem Frankfurter Goethehaus, die 1914 der Lyoner Ausstellung zur Verfügung gestellt worden war, von Frankreich „sequestriert“ wurde. Das Goethehaus wandte sich an den Abgeordneten Herriot als Bürgermeister von Lyon wegen Rückgabe der Faustausgabe. In Abwesenheit Herriot's übermittelte nun, wie uns aus Paris gemeldet wird, der erste Beigeordnete des Bürgermeisters diese Bitte dem Außenminister, da die Stadt Lyon in dieser Frage nicht selbst entscheiden könnte, sondern dies in den Machtbereich einer besonderen Kommission falle, die auf dem Quai d'Orsay eingesetzt wurde, um gewisse inaktive Besetzungen freizugeben. — Die Franzosen machen ersichtlich allerlei Winkelzüge, um die Restarbeit womöglich bei sich behalten zu können.

§§ Der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund macht wieder einmal Propaganda für die Sozialisierung der Wirtschaft. Er hat in der Sitzung seines Ausschusses am 29. September eine Entschließung gefaßt, in der er mit Rücksicht auf die jetzige Notlage die Umgestaltung des Wirtschaftssystems zu einer Gemeinwirtschaft dringend fordert. Das Hauptmittel zur Besserung der Lage erblickt der A. D. G. B. allerdings im Einverständnis mit dem englischen Gewerkschaftskongress in der Beseitigung der Gewaltspolitik der Entente gegenüber Deutschland. Eine zweite Entschließung wendet sich gegen die kommunistische Agitation und stellt fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsberufungsratskongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll.

— Zum Verbot des Jungdeutschen Ordens. Aus den Kreisen des Ordens schreibt man uns: Der stellvertretende Innenminister Freund hat durch Verfügung vom 31. August 1922 den Jungdeutschen Orden verboten. Als Gründe werden Dinge angeführt, welche in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Der Jungdeutsche Orden erkennt diese Aufhebung in keiner Weise an, da sie wider jedes Recht und Gesetz verstößt und fordert die sofortige Einleitung einer öffentlichen Untersuchung vor dem vollbestehenden Staatsgerichtshof. Er fordert eine außerordentliche Sitzung des Staatsgerichtshofes mit sofortigem Beginn, weil die Gefahr besteht, daß in 5400 Ortsgruppen einer verfassungstreuen Organisation jedes Vertrauen zur Regierung schwindet. Der Jungdeutsche Orden ist fest entschlossen, mit allen Mitteln für das Recht zu kämpfen, welches ihm verfassungsgemäß zusteht, da bis zum letzten Angehörigen alles von der Gewißheit durchdrungen ist, daß hier ein unerhörter Mißbrauch vorliegt. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof kann unter keinen Umständen verschoben werden.

— Die Wanderausstellung Ostpreußen in Königsberg ist am Sonntag feierlich eröffnet worden. Zu dem Festakt waren die Vertreter aller Behörden und die führenden Männer aus Ostpreußens Wissenschaft und Wirtschaft erschienen. Im Namen des Geschäftsführenden Ausschusses hielt der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung, Professor Dr. Friedrichsen die Eröffnungsansprache, in der er die Wünsche der Reichspräsidenten für das Gelingen des Werkes übermittelte. Die Ausstellung ist im wesentlichen in drei Hauptteile gegliedert, von denen der erste die Natur des Landes und die charakteristischen Landschaften darstellt, der zweite Bevölkerung und Wirtschaft umfaßt und der dritte Ostpreußens Geschichte, Kultur und Wissenschaft behandelt. In jeder dieser Abteilungen ist ein bei aller Reichhaltigkeit außerordentlich übersichtlich und eindrucksvoll gestaltetes Material an Bildern, Photographien, Modellen, graphischen Darstellungen und Kunstgegenständen vertreten. Mit der Ausstellung verbunden ist als Rahmenveranstaltung eine „Ostpreußenwoche“, die neben Festaufführungen an den Königsberger Bühnen eine große Anzahl von wissenschaftlichen Vorträgen über Ostpreußen, Führungen und Exkursionen umfaßt. Anfang Dezember soll die Ausstellung zunächst nach Berlin übergeführt werden.

— Raubzüge aufs Land. Wie aus Halle gemeldet wird, drang eine aus 50 Personen bestehende Bande aus Sachsenfeld mit Handwagen in die Gemarkung Lehing ein, um die Obstbäume zu rauben. Zwischen den Bauern, die sich mit Revolvern und Knütteln bewaffnet hatten, und den Räubern kam es zu einer regelrechten Schlacht, in deren Verlauf 2 Personen schwer und 6 leichter verletzt wurden. Die inzwischen alarmierte Gendarmerie verhaftete die Räubersführer der Bande.

§§ Über die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei wird dem „Tag“ aus Prag berichtet, daß die Zahl der Kontrakte beständig steige und die Zahl der Arbeitslosen bereits eine halbe Million umfasse und im Laufe des Winters voraussichtlich auf eine Million steigen und damit den Rekord der englischen Arbeitslosenzahl schlagen werde. Die tschechoslowakische Regierung hat einen offiziellen Aufruf veröffentlicht, in welchem sie Deutschland und Deutschösterreich durch wirtschaftliche Maßnahmen die Krisis der Tschechoslowakei verschuldet zu haben. Als Heilmittel werden genannt selbstloses Verhalten der Bevölkerung, Unterstützung seitens der Banken und eine Enquete durch Fachmänner.

w. London, 30. September. Nach einer Blättermeldung aus Moskau ist in London zwischen Vertretern der kanadischen Regierung und der russischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet worden, durch das Kanada Teilnehmer an dem englisch-russischen Abkommen von 1921 wird. Die russische Handelsdelegation unter der Führung von Wolow wird sich nach Kanada begeben.

Schlesien.

Mangel an Banknoten.

* Die Knappheit an Zahlungsmitteln hat am heutigen Monatsletzten in Breslau wieder zu sehr unangenehmen Überlastungen im Zahlungsverkehr geführt, wie es schon einmal am 31. Juli der Fall war. Die Breslauer Reichsbankhauptstelle ist mit ihrem Bargeld heute vormittag fertig geworden. Morgens hatte sie den Zahlungsverkehr aufgenommen, im Laufe des Vormittags hat sie aber ihre Kasse geschlossen. Dieselbe Erfahrung mußte die Geschäftswelt beim Postcheckamt machen. Die Breslauer Stadthauptkasse und die Linke-Hofmann Werke haben sich, wie bereits mitgeteilt, durch die Ausgabe eigenen Notgeldes zu helfen gewußt. Montag früh wird bei den heute geschlossenen Kassen der Verkehr sicher wieder aufgenommen werden.

Schulkinder für die Kartoffelernte.

§§ Auch in diesem Jahre ist im Interesse der Sicherstellung unjenseitiger Volksernährung die Mithilfe der Schulkinder bei der Kartoffelernte unentbehrlich. Wo daher die Schulfreien nicht so liegen, daß die Mitarbeit der Schulkinder bei der Kartoffelernte ausreichend möglich ist, hat, wie der amtliche preussische Pressebericht erfährt, der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verfügt, daß Urlaubsanträge für diesen Zweck seitens der Lehrer und der Schulaufsichtsbehörden mit weitgehendem Entgegenkommen behandelt werden.

Die Wahlen in Ost-Schlesien.

w. Kattowitz, 30. September. Der schlesische Sejm setzt sich nach dem amtlichen Wahlergebnis wie folgt zusammen: Korfanti-Block 18, polnische Sozialdemokraten 8, Nymmerpartei 7, polnische Volkspartei (Witos) 1, deutsche Volkspartei 4, katholische Volkspartei 8, deutsche Sozialdemokraten zwei Mandate. Die deutschen Parteien zählen somit 14 und die polnischen 84 Mandate.

Deutscher Großhandelsstag.

* Die gestrige Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels endete mit einem von der Bezirksgruppe Breslau veranstalteten Festabend in der Schlesiervilla im Zoo. Es war ein Fest, das der schlesischen Gemütsheiligkeit gewidmet war. Das Essen war schlesisch; es gab „Schlesisches Himmelreich“ und das Ganze schloß mit einer Vorführung aus dem alten schlesischen Volksleben, einer „Schlesischen Spinnstube“. Eine launige Begrüßungsansprache des Zweiten Vorsitzenden der Breslauer Bezirksgruppe, Alfred Hamburger, leitete den Abend ein, an dem auch die Spitzen der Provinzial- und Lokalbehörden als Gäste teilnahmen. Mit einem Festprolog von Carl Wiberfeld begrüßte dann „Wratslawia“ (Frau Hilma Schlüter vom Lobetheater) die Gäste. Den Dank der Gäste sprach der Generaldirektor der Deutschen Eisenhandels-Vereinigungen, Kommerzienrat Dr. Leo Luckig, aus. Er wies auf den altbewährten Kaufmannstand Breslaus hin, dem ein Denkmal in Guitab Freytags „Soll und Haben“ gesetzt ist, und knüpfte daran die Mahnung, in einer stürmischen, nach raschem Erwerb und tollem Genießen drängenden Zeit die bewährten Grundsätze eines ehrbaren Kaufmanns unverrückbar festzuhalten und eine scharfe Scheidelinie zu ziehen gegenüber denen, für die es nur Gewinn um jeden Preis, aber keine Pflichten und keine Berufsethre gibt. Der ober-schlesische Landraub sei die Veranlassung gewesen, die diesjährige Tagung in Schlesien abzuhalten. Die Mitglieder des Zentralverbandes hätten damit zeigen wollen, daß sie mit den Schlesiern auf Gedeih und Verderb verbunden sind, daß sie in ihnen den Vorposten und das Bollwerk für die uns unerklärliche Orientierung nach dem Osten erblickten, denn es gibt ohne ein großes Deutschland und ohne ein großes Rußland keine Gesundung und Ordnung der Verhältnisse in Europa. Auf die allgemeine Not des Vaterlandes eingehend, bei der wir ein Spielball der Laune des Dollars geworden sind, nannte er die Verträge unserer Feinde als das Grundübel. Wenn wir Kaufleute über solche Verträge zu befinden hätten, so würden wir, glaube ich, erklären, sie verstoßen wider Treu und Glauben, sie verstoßen wider die guten Sitten, sie sind unter Zwang und Androhung von Gewalt geschlossen; wir halten uns an die Verträge nicht. Für den Zentralverband gelte es aber nicht zu klagen, sondern zu arbeiten und nicht zu verzweifeln. In der heutigen Zeit brauche das gedrückte Vaterland viele Mitarbeiter ganz besonders. Zu ihm wolle man stehen in dem Vertrauen, daß trotz aller Irrungen und Wirrungen es sich binnen kurzem wieder seine Stellung zu erringen wissen werde. Mit einem Hoch auf das Vaterland schloß der Redner. Stehend sang die Versammlung das Deutschlandlied. — Vom Stadttheater spendeten Frau Margret Pfahl und die Herren Rudow und Wittkopf schöne Gaben ihrer hohen Kunst, und ernteten damit reichen Beifall. Dann wurde unter Leitung von Frau Emma Schmidt eine „Schlesische Spinnstube“ zusammengestellt von Marie Kleber, mit Gejang und Tanz in alten schlesischen Bauernkostümen vorgeführt. Der Vorsitzende der Breslauer Bezirksgruppe, Konrad Becker, sprach zum Schluß für das Arrangement des Abends dem Konsul Niederstätter den Dank aus.

* Breslau, 30. September. Die Stadtverordnetenversammlung hält in der nächsten Woche keine Sitzung ab. — Der Geldmangel der Stadt hat die städtische Betriebsdeputation veranlaßt, das Geld für die Rechnungen über den Verbrauch an Gas, elektrischen Strom usw. schneller einzutreiben, als es bisher der Fall war. Sonst hätte jeder Kunde zehn Tage Zeit, um seine Rechnung zu bezahlen. Diesmal ist jeder Rechnung ein Fettel beigegeben, auf dem steht: „Die Rechnung ist binnen fünf Tagen zu bezahlen, anderenfalls die sofortige Abberührung der Meier ohne besonderer Mahnung zu gewärtigen ist.“ Mit dem Abberren der Rechnungen scheint man jetzt sehr eifrig zu sein, denn die städtische Betriebsdeputation sieht sich weiter veranlaßt, durch Bekanntmachung die Interessenten darauf besonders hinzuweisen, daß jeder Einatiff, den die Abnehmer etwa selbst an den Leitungen vornehmen, als Gasdiebstahl, ja als Einbruch diebstahl verfolgt wird. Die Bekanntmachung besagt: Gasleitungen, die von uns angewiesen geheizt worden sind, werden häufig von den Wohnungsinhabern eigenmächtig geöffnet, um aus ihnen Gas zu entnehmen. Ebenso häufen sich die Fälle, in denen Münzmaßmesser durch Aufbrechen des Schloßes geöffnet und bearbeitet werden, oder aus ihnen Gas durch Einwerfen von Ralkstücken entnommen wird. Wir weisen darauf hin, daß wir jede widerrechtliche Gasentnahme als Gasdiebstahl und das Aufbrechen des Schloßes als Einbruchdiebstahl strafrechtlich verfolgen.

